

Online-Partizipation

Neue Formen der politischen Beteiligung im digitalen Zeitalter

kommunikation.medien

Open-Access-Journal
für den wissenschaftlichen Nachwuchs
ISSN 2227-7277
8. Ausgabe / 2017
<http://www.kommunikation-medien.at>



Christine Drack und Saskia Sikabonyi

Abstract

Im Bereich der politischen Kommunikation haben sich neue Kommunikationsformen entwickelt, welche Informationen an die Menschen vermitteln und diesen auch ermöglicht, sich zu beteiligen und die eigene Meinung kund zu tun. In der vorliegenden kritischen Literaturanalyse werden unterschiedliche Online-Partizipationsformen, welche in diversen Studien untersucht worden sind, näher beleuchtet. Die Ergebnisse aus den herangezogenen Forschungsarbeiten zeigen, dass die Vielfalt an Online-Partizipationsmöglichkeiten einem stetigen Wandel unterliegt. Insbesondere die sozialen Medien wie Facebook oder Twitter ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, einen mit geringem Aufwand verbundenen Beitrag im Hinblick auf politische Beteiligung zu leisten – von Likes und Shares bis hin zu Unterschriftenaktionen und Online-Abstimmungen. Die uneingeschränkte Verfügbarkeit dieser Online-Partizipationsformen ist sowohl mit Chancen als auch Risiken behaftet. Zum einen kann das Netz die Demokratisierung von Information vorantreiben, zum anderen kann eine soziale Segmentierung zu einem „Democratic Divide“ sowie zu „Informationseelten“ führen, was mit einer wachsenden Desinformation einhergeht.

Keywords

Politische Partizipation, Online-Partizipation, politische Kommunikation, Demokratie, Habermas, Öffentlichkeit, Soziale Medien

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Relevanz

An der Schnittstelle der Kommunikations- und Politikwissenschaft ist die Frage nach der politischen Partizipation von Bürger und Bürgerinnen durch und über Medien von gesellschaftlicher Relevanz. Sie ist für eine funktionierende Demokratie von entscheidender Be-

deutung. Sie kann auf konventionelle (z.B. Teilnahme an Wahlen, Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden etc.) und unkonventionelle Art (z.B. Teilnahme an Demonstrationen, Online-Protestaktionen oder politischen Diskussionen im Internet) funktionieren, wobei die konventionelle Partizipation in Österreich im Sinken ist (vgl. Pausch 2012: 134). Das heißt aber nicht gleich, dass sich die Österreicher und Österreicherinnen nicht mehr für die Gestaltung des politisch-gesellschaftlichen Gemeinwesens interessieren. So werden gerade unter jungen Erwachsenen unkonventionelle Formen politischer Partizipation essenzieller. Hier spielen die digitalen Medien eine wesentliche Rolle und tragen zur Erweiterung des Begriffs „politische Partizipation“¹ bei.

Durch die rasante und unüberschaubare Veränderung der Internetlandschaft entwickelt sich die politische Kommunikation stets weiter. Um der Komplexität gerecht zu werden, muss analysiert werden, wofür das Web 2.0 als politisches Medium hauptsächlich genutzt wird und welche Beteiligungsformen für die Nutzer und Nutzerinnen zentral sind. Dies ist wichtig um zu verstehen, welche Veränderungen für die Zukunft notwendig sind, damit Bürgerpartizipation im Sinn der politischen Teilhabe erfolgreich stattfinden kann. So dienen Plattformen wie Facebook und Twitter unter anderem als Plattformen für politische Diskurse. Diese sind aber in der Hand von kommerziellen Unternehmen, deren Hauptinteresse meist der Sammlung von Nutzerdaten gilt und nicht das Ziel verfolgen, als demokratieorientierte Plattform zu fungieren (vgl. Schmidt 2012: 3). Es steht also nicht die Partizipation, sondern der Profit im Vordergrund.

1.2 Potenziale und Risiken des Web 2.0

Durch die universale Verfügbarkeit und die Bereitstellung vieler einfach zu handhabender Werkzeuge zur Produktion kommunikativer Inhalte ist das Web 2.0 im Hinblick auf den quantitativen Aspekt demokratischer Beteiligung ein großes Potenzial zuzuschreiben. Für die Individuen haben sich die Möglichkeiten an gesellschaftlich-politischen Belangen teilzunehmen und eigene Meinungen einzubringen erhöht (vgl. van Deth 2013: 13). Vor der Verbreitung der digitalen Medien wurde die Kommunikation zwischen der Politik und der Bevölkerung vor allem durch Massenmedien vermittelt. Da die Kapazität zur Vermittlung begrenzt ist, konnten die Medien nicht jedem Inhalt und Akteur ein Forum bieten, weshalb Selektionsfilter (z.B. Prominenz, Grad der Skandalisierung) seitens der Medien herausgebildet wurden. Im Internet hingegen können nahezu unendlich viele Informationen verbreitet werden. Userinnen und User als auch die politischen Akteurinnen und Akteure übernehmen dabei selbst die publizistische Kontrolle ihres Kommunikationskanals. Zudem können Bürgerinnen

¹ Der Begriff „politische Partizipation“ wird in Kapitel 1.2 detailliert beschrieben.

und Bürger online Demonstrationen, Petitionen oder Sonstiges bilden (vgl. Pump 2013: 90f.).

Heutzutage eröffnen Informations- und Kommunikationstechnologien einen flüssigeren und interaktiven Meinungs austausch zwischen einer nahezu unbegrenzten Anzahl an Bürgern und Bürgerinnen. Für die oftmals geschilderte Politikverdrossenheit der Bevölkerung, die mitunter mit Gefühlen der Ohnmacht gegenüber dem Politikbetrieb im eigenen zu tun hat, bietet das Internet nun ein Werkzeug, das direktere Formen der Beteiligung ermöglicht und so dem Menschen ein Stück weit (digitale) Souveränität zurückgibt. Daher ermöglichen nach Kamps (2007: 299) die digitalen Kommunikationstechnologien mehr demokratische Beteiligung und verstehen sich als eine Ergänzung der Säule der Demokratie.

Nach Ringler et al. (2013: 8) ist klar, dass das Internet den Zugang zur politischen Beteiligung vereinfacht. Die Formen politischer Partizipation haben sich stets erweitert und sind mittlerweile nach van Deth (2013: 13f.) fast unbegrenzt: im heutigen digitalen Zeitalter fällt unter moderne Formen politischer Partizipation die Teilnahme an E-Votings, die Beteiligung an Diskussionsforen der Parteien, die Teilnahme an Online-Petitionen, Protesten und mehr. Das Spektrum geht über die traditionellen Formen weit hinaus, was zum Großteil dem Netz zuzurechnen ist. Politische Online-Aktivitäten gewinnen zunehmend an Relevanz und spielen bei der Teilnahme an politischen Prozessen eine immense Rolle (vgl. van Deth 2013: 14). Ziel ist in dieser Literaturarbeit herauszufinden, welche Handlungsmöglichkeiten sich im digitalen Zeitalter für die Nutzer und Nutzerinnen von Online-Medien im Hinblick auf politische Online-Partizipationsformen ergeben.

Es gibt aber auch Gegenstimmen. So lässt sich über die demokratische Qualität im Netz laut Helms (2011: 17) keine hinreichende Aussage treffen, da mehr Beteiligung nicht gleichbedeutend mit einem Mehr an Demokratie ist. Möchte man die Demokratie im Netz erhöhen, setzt dies eine erfolgreiche Kommunikation zwischen Userinnen und Usern voraus. Eine erfolgreiche Kommunikation gelingt nach Papadopoulos (2004: 216f.) unter anderem dann, wenn sprachbasierte argumentative Aushandlungsprozesse zwischen Individuen stattfinden, die zwar unterschiedliche Interessen verfolgen aber trotzdem am Gemeinwohl interessiert sind und versuchen möchten, Kompromisse zu schließen um einen Konsens zu erlangen (näheres dazu in Kapitel 2.1.).

Der Politologe Schöllhammer (2015) ist der Meinung, dass neue Medien vor allem eine schnelle Vernetzung ermöglichen. Was sie aber schlecht können, ist die vorhandene Energie in traditionelle politische Kanäle zu übersetzen. Eine Kombination aus virtuell und real wäre für eine erfolgreiche politische Partizipation wichtig: „Nur auf Netzwerke zu setzen, wie es die

Piratenpartei probiert hat, funktioniert nicht. So innovativ das Netz auch ist, ab einem gewissen Zeitpunkt braucht es die Übersetzung in traditionelle Politik.“ (Schöllhammer 2015: o.S.). Schöllhammer (2015: o.S.) plädiert dafür, mehr auf traditionelle Instrumente zurückzugreifen und die politische Bildung in Schulen besser einzubringen. Für ihn sind Offline-Aktivitäten noch immer von größter Relevanz. Das Internet kann demnach kein Ersatz für die Erziehung zum zivilen Miteinander sein, wie beispielsweise die Partizipation in politischen Vereinen.

Die Verstärkungshypothese geht davon aus, dass vor allem die vorhandenen Strukturen und Motivationen seitens der politischen Akteure und Akteurinnen durch das Internet bekräftigt werden (vgl. Ringler et al. 2013: 8). Neben der Verstärkungshypothese besteht auch die Mobilisierungsthese, welche annimmt, dass nicht nur die bereits vorhandene Beteiligung verstärkt wird, sondern auch jene Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden, die bislang gar nicht oder nur wenig politisch aktiv waren (vgl. Ringler et al. 2013: 8). Solche Thesen gehen von einem erheblichen Potenzial aus, dass das Internet bietet. Es gibt jedoch auch Risiken, die mit politischer Online-Partizipation einhergehen. So werden zum Beispiel Personen, die das Internet nicht nutzen, automatisch am Beteiligungsprozess ausgeschlossen. Zudem werden seit einiger Zeit Social Bots² im Web 2.0 eingesetzt. Twitter wurde 2016 zum Schauplatz von gezielter Meinungsmanipulation während der US-Amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016. Im Artikel „Der Roboter als Wahlkampf helfer“ erläutert Fischer (2016: o.S.) die Täuschung der Öffentlichkeit durch Bots, die Themen verbreiten und so der Eindruck entsteht, dass manche Themen wichtiger sind als andere. Sie werden nach Kind et al. (2017: 15) zu manipulativen Zwecken eingesetzt, indem sie, wie andere User und Userinnen, Meinungen verbreiten, Inhalte kommentieren etc. Welche Potenziale und Risiken das Internet sonst noch bietet, ist von zentralem Erkenntnisinteresse und wird in Kapitel 3.3 näher beleuchtet.

1.3 Handlungsmöglichkeiten und Demokratisierungspotenzial

Wie sich politische Online-Partizipation heutzutage entwickelt hat und ob sie überhaupt stattfindet, ist in dieser Literaturarbeit von zentralem Erkenntnisinteresse. Es gibt bereits reichliche Studien dazu, was innerhalb solcher diskursiv angelegten Online-Beteiligungsformate vor sich geht. Wobei hier unterschiedliche Herangehensweisen gewählt und unterschiedliche Formate und Plattformen untersucht wurden, weshalb die Prognose

² Social Bots sind Computerprogramme, die je nach technischer Entwicklungsstufe eine menschliche Identität vortäuschen. Ein Bot ist per se neutral: er macht und vertritt, was ihm programmiert wurde (vgl. Kind et al. 2017: 15)

hinsichtlich ihrer demokratisierenden Wirkung je nach Perspektive und Angebot differenziert ausfällt. Die Frage nach dem Demokratisierungspotenzial der Kommunikations- und Informationstechnologien spielt in dieser Literaturarbeit, wie bereits erwähnt wurde, ebenfalls eine wesentliche Rolle. Was setzt erfolgreiche Kommunikation und Beteiligung im Netz voraus? Welche Aspekte müssen berücksichtigt werden? Ebenso geht es darum aufzuzeigen, welche politischen Handlungsmöglichkeiten sich für Bürger und Bürgerinnen durch das Netz ergeben und welche Chancen und Risiken damit verbunden sind. Dazu werden Studien aus dem deutschsprachigen Raum (Österreich, Deutschland, Schweiz) herangezogen, die sich mit politischer Partizipation beschäftigten. Diese werden zusammengefasst und kritisch beleuchtet.

Um ein breiteres Verständnis von politischer Partizipation zu erhalten ist es wichtig, den Begriff „politische Partizipation“ vorab näher zu beleuchten.

1.4 Begriffsdefinition: Politische Partizipation

Partizipation übersetzt sich aus dem Lateinischen *pars*=Teil und *capere*=ergreifen, sich aneignen, nehmen und meint damit die Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung, das Engagement und die Einbeziehung. Partizipation ist ein Begriff mit einer Vielfalt an unterschiedlichen Definitionen, die oftmals verschiedene subjektive Vorstellungen zur Gestaltung von gesellschaftlicher Teilhabe innehaben (vgl. politik-lexion.at 2017: o.S.).

Eng angelegte Definitionen erkennen nur verfasste, rechtlich verbindliche Partizipationsformen an, nicht aber verfasste Formen außerinstitutioneller, spontaner oder geplanter Mobilisierung. Andere Definitionen wiederum setzen politische Partizipation mit staatlich organisierter Bürgerbeteiligung gleich, wodurch bestimmte politische Akteure und Akteurinnen, sei es die Regierung, das Parlament oder die Verwaltung, in den Mittelpunkt rücken. Solche Definitionen greifen nach Voss (2014: 10) zu kurz, da sie die indirekte politische Einflussnahme intermediärer Akteure und Akteurinnen vernachlässigen. Zivilgesellschaftlich organisierte Formen, die erst durch das Internet ermöglicht worden sind, werden in solchen Definitionen gar nicht erfasst.

Eine übergreifende Definition von politischer Partizipation liefern Verba und Nie (1972: 2f.): Sie verstehen unter Partizipation einen multidimensionalen Akt, der *alle* Aktivitäten umfasst, die Bürger und Bürgerinnen unternehmen, um politische Handlungen zu beeinflussen. Wahlen sind nur eine Partizipationsmöglichkeit neben anderen (vgl. Verba/Nie 1972: 31). In Max Kaase's Definition von politischer Partizipation werden die Bürger und Bürgerinnen ebenfalls als Teilnehmende politischer Partizipation berücksichtigt. Partizipation ist demnach definiert als „Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entschei-

dungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1992: 682). Die freiwillige Teilhabe und Beeinflussung von und durch Bürger und Bürgerinnen stehen im Fokus politischer Partizipation.

Breite Definitionen von politischer Partizipation beziehen unterschiedliche Formen von Teilhabe wie auch die Akteure und Akteurinnen ein, die diese Formen bereitstellen. Mit solchen ‚offenen‘ Definitionen lassen sich auch neue Formen der politischen Partizipation erfassen. Generell kann Partizipation von oben herab durch den Staat organisiert werden (top-down), wie etwa in Form von Wahlen. Politische Partizipation kann aber auch auf anderen Ebenen in eher informellen Formen stattfinden (bottom-up). In dieser Literaturarbeit liegt der Fokus auf der Bottom-up-Partizipation (vgl. Voss 2014: 10).

2. Theoretischer Hintergrund

Wie das Netz im Hinblick auf die Online-Partizipation demokratischer gestaltet werden kann, wird nun im Kapitel 2 näher aufgezeigt. Die folgenden theoretischen Prämissen sind als normative Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Beteiligung im Internet zu verstehen. Sie bieten also Empfehlungen, wie Kommunikation im Netz erfolgreich ablaufen kann, zeigen aber keine Tatbestände auf. Sie dienen demnach nur als Wegweiser.

2.1 Deliberative Öffentlichkeitstheorie

Die Bedeutung von Kommunikation als Mittel der Beteiligung und Vermittlung gesellschaftlicher Interessen steht eng im Zusammenhang mit dem deliberativen Demokratiemodell. Hier kann auf Jürgen Habermas (1994) verwiesen werden, welcher die Qualitätskriterien hinsichtlich des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses betont. Der Entscheidungsprozess kann hier nicht auf eine auf dem Mehrheitsprinzip beruhende Entscheidungsregel reduziert werden. Vielmehr muss „dieser Prozess sich selbst reproduzieren und die Bedingungen seiner eigenen Existenz schaffen“ (Zürn 1998: 240). Habermas‘ Diskursprinzip nimmt hierfür eine zentrale Position ein, da es rationale Debatten und vernünftige Entscheidungen als normative Grundprinzipien sieht. Die Regeln einer gemeinsam befolgten Kommunikationspraxis spielen eine essentielle Rolle, da die normativen Diskurskriterien einen erheblichen Einfluss auf die Qualität der politischen Entscheidung haben.

Die Frage, ob sich durch das Internet eine neue Form der Öffentlichkeit konstituiert, drängt sich geradezu auf. Im Folgenden sollen deshalb bestimmte normative Forderungen aus den drei grundlegenden Strukturmerkmalen des idealen Modells politischer Öffentlichkeit – Gleichheit, Offenheit, Diskursivität – hergeleitet werden.

Habermas (1990: 38) bestimmt vor diesem Hintergrund einen Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit:

Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit. Jenes Publikum, das als Subjekt des bürgerlichen Rechtsstaates gelten darf, versteht denn auch seine Sphäre als eine öffentliche in diesem strengen Sinne; es antizipiert in seinen Erwägungen die Zugehörigkeit prinzipiell aller Menschen. (Habermas 1990: 156)

Dieser Idealtypus muss drei Bedingungen erfüllen: Der Zugang zum öffentlichen Gespräch steht für alle gesellschaftlichen Gruppen offen. Außerdem gilt im herrschaftsfreien Diskurs allein die zwanglose Aushandlung des besseren Arguments, wie auch bereits Benz (1998) angeführt hat. Drittens soll der Meinungs Austausch der Bürger und Bürgerinnen untereinander auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Der Grundbegriff einer normativ angelegten Demokratietheorie ist also die diskursive Meinungs- und Willensbildung des Publikums. Der Diskursbegriff vertraut in diesem Zusammenhang auf die politische Mobilisierung und Nutzung von Kommunikation (vgl. Habermas 1990: 38). Das deliberative Demokratiemodell orientiert sich an Grundprinzipien, die im Folgenden näher betrachtet werden.

2.1.1 Konsens- und Gemeinwohlergehen

Die demokratischen Prozesse setzen voraus, dass die beteiligten Akteure und Akteurinnen insofern eine kollektive Identität aufweisen, als sie neben der Durchsetzung der eigenen Interessen auch an der Förderung des Gemeinwohls interessiert sind. Die kollektive Identität muss aber nicht ethnisch oder national definiert sein. Vielmehr müssen sich die Mitglieder als autonome und gleichberechtigte Personen gegenseitig anerkennen und eine gemeinsame Orientierung aufweisen (vgl. Zürn 1998: 238). Ein solcher Gemeinsinn ergibt sich dann, wenn gesellschaftliche und politische Akteure und Akteurinnen in Entscheidungsarenen ihre Positionen wechselseitig aneinander anzupassen versuchen und Kompromisse schließen, um so einen Konsens zu erreichen (vgl. Papadopoulos 2004: 216). Meinungs- und Interessenskonflikte können vorkommen, sind jedoch nicht vorrangig. Es geht vielmehr in einem deliberativen Diskurs um den kooperativen Charakter, denn nur die Existenz von gemeinsamen Interessen ermöglicht in horizontalen Entscheidungsstrukturen die Formulierung kollektiver Entscheidungen. Der Gemeinsinn und die gegenseitige Anerkennung sind zentral für die Entfaltung der deliberativen Demokratie (vgl. Papadopoulos 2004: 217).

2.1.2 Gleichheit und Inklusion

Habermas' Idealbild der Öffentlichkeit stellt ein Diskurs unter gleichberechtigten Bürger und Bürgerinnen dar, die sich kritisch mit Fragen von öffentlichem Interesse auseinandersetzen. Das Gefälle zwischen Schichten innerhalb einer Gesellschaft muss durch politische Bedingungen überbrückt und so eingerichtet werden, dass jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin kritisch am politischen Prozess teilnehmen kann. Diese Voraussetzung verlangt nach Habermas (1990: 41) die vollständige Inklusion aller Bürger und Bürgerinnen, die Gleichberechtigung der Parteien und deren Mitgliedern, die Zwanglosigkeit in der Interaktion sowie die grundsätzliche Offenheit für Themen und Beiträge, die die Gesellschaft als wichtig erachtet. Bei interpersonellen Versammlungen ist nach Welz (2002: 4) die gleiche Verteilung von Redezeit nur in kleinen Gruppen möglich. Die freie Themenwahl ist ein zentrales Kriterium der Fairness im deliberativen Modell, ist aber in (Groß-)Demokratien nicht anzutreffen, da der Anteil der aktiven Sprecherrolle zwangsläufig klein in Relation zur Größe des Publikums ist.

2.1.3 Rationalität, Transparenz und Offenheit

Nach Zürn (1998: 240f.) darf im demokratischen Prozess nicht nur verhandelt, sondern muss vom Standpunkt der Unparteilichkeit aus argumentiert werden, was die Bereitschaft einschließt, den eigenen Standpunkt im Zuge der Deliberation zur Disposition zu stellen. Das Prinzip der Rationalität ist hier eine wichtige Voraussetzung. Die politischen Forderungen der einen Seite bedürfen einer argumentativen Begründung, wobei auch die Gegenseite sachbezogen, objektiv und argumentativ kontern soll (vgl. Benz 1998: 205). Dabei gilt die bloße Verweigerung von Informationen und die Drohung mit dem Abbruch der Diskussion als illegitim.

Die grundsätzliche Offenheit für Themen und Beiträge ist ein weiteres zentrales Kriterium für das Funktionieren der (politischen) Öffentlichkeit. Offenheit bedeutet hier, dass die Relevanz von Themen und Beiträgen im öffentlichen Diskurs selbst zu prüfen ist. Der Öffentlichkeit wird damit eine hinreichende Sensibilität zugeschrieben, die wichtigsten Probleme identifizieren zu können sowie die Kapazität, die als relevant erachteten Themen auch zu behandeln (vgl. Habermas 1990: 41f.).

Diese Forderung unterliegt aber bestimmten Beschränkungen. Die Kompetenz und Aufmerksamkeit sind knapp, weshalb niemals alle kollektiven Probleme unter Beteiligung aller Mitglieder des Publikums verhandelt werden. Die Konsequenz des Prinzips der Offenheit ist das Merkmal des Auswahlprozesses. Das Zirkulieren von Themen in vielen Teilöffentlichkeiten muss dazu führen, dass die am wichtigsten erdachten Themen größere Aufmerksamkeit

erfahren und dass unwichtige Themen systematisch unterdrückt oder benachteiligt werden. Aus dieser Betrachtung explizieren Donges und Jarren (1999: 91) verschiedene Ebenen politischer Öffentlichkeit. Neben der „Encounter-Ebene“, welche sich als spontane Kommunikation zwischen Leistungsrollen wie Sprecher und Vermittler und dem Publikum darstellt³, wird als nächste Stufe die Themenöffentlichkeit genannt, hinter der sich Interaktionssysteme wie Veranstaltungen oder Demonstrationen verbergen. Die höchste Ebene ist schließlich die Medienöffentlichkeit, in der sich öffentliche Kommunikation am folgenreichsten vollzieht, in der die Leistungs- und Publikumsrollen am differenziertesten sind und in der die mediale Bereitstellung und Herstellung von Themen durch Spezialisten wie etwa Journalisten und Journalistinnen erfolgt (vgl. ebd.: 91).

Da sich zwischen allen drei Ebenen Selektionsstufen befinden lautet in demokratischen Gesellschaften die normative Forderung, dass in der politischen Öffentlichkeit Durchlässigkeit gewährleistet sein muss, sodass relevante Themen mittels Anschlusskommunikation alle drei Ebenen durchdringen können. Kein Akteur bzw. keine Akteurin darf verhindern, dass ein Thema bis in die Medienöffentlichkeit vordringt (vgl. Jarren/Donges 2006: 104 ff.).

2.1.4 Diskursivität

Das dritte Prinzip ist die Diskursivität. Habermas (1994: 370ff.) konzipiert dazu die autochthone Öffentlichkeit, in der die Gesprächsteilnehmenden frei von ideologischen und strategischen Einflüssen auf der Basis des besseren Arguments diskutieren. Er ordnet anschließend die vermachtete Öffentlichkeit, in der Akteure und Akteurinnen Themen und Interessen definieren, den Systemen der Politik und den Massenmedien zu und die autochthone Öffentlichkeit der Zivilgesellschaft, den nicht-vermachteten und gering organisierten Akteuren und Akteurinnen.

Die verständigungsorientierte, auf Argumentation aufbauende Interaktion ist für soziale und kulturelle Prozesse der Kommunikation kennzeichnend und an die Bedingung geknüpft, dass die Interaktionspartner und Interaktionspartnerinnen ihre Interessen und Werte offenlegen und durch den Austausch von Argumenten eine gemeinsame Lösung anstreben. Auseinandersetzung über Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen werden mit Argumenten ausgetragen, die Anspruch auf kollektive Akzeptanz erheben, die wiederum auf geteilter, zwanglos erzielter Überzeugung beruht. Dabei dürfen die Argumentationen keine Vermutun-

³ Die Encounter-Ebene beschreibt alle Formen politisch öffentlicher Kommunikation, beispielsweise auf Plätzen, Festivals, in der Disco, am Stammtisch oder in persönlichen Gesprächen mit der Familie. Dabei lässt sich im Normalfall keine unmittelbare Unterscheidung zwischen Sprecher und Vermittler feststellen, da die Teilnehmenden gleichzeitig als Sender und Empfänger auftreten (vgl. Donges/Jarren 1999: 91f.).

gen, Urteile oder verborgene Motive beinhalten. Die Eigenschaft der diskursiven Auseinandersetzung impliziert die Forderung, dass jemand, der mit in einer zur Diskussion stehenden Frage oder Meinung überhaupt nicht übereinstimmt, dieses Argument als solches anerkennen muss. Außerdem muss man von Persönlichkeits- und Statusmerkmalen sowie von der Gruppenzugehörigkeit einer teilnehmenden Person abstrahieren (vgl. ebd.: 371ff.).

Die demokratietheoretischen Überlegungen von Habermas wurden vielfach aufgegriffen und sind Ausgangspunkt für Weiterentwicklungen. Anhand dieser theoretischen Konstrukte soll diskutiert werden, ob das Internet die erwähnten Kriterien erfüllt.

2.2 Kritische Betrachtung der Öffentlichkeitstheorie

In Bezug auf die Grundzüge der Öffentlichkeitstheorie lassen sich ebenfalls Chancen und Risiken herauskristalisieren. Gibt es denn nun eine bessere Demokratie durch das Internet? Das Prinzip der Offenheit ist durch das Internet gegeben. Jede/r kann im Internet an politischen Aktionen und Petitionen teilnehmen. Es entwickeln sich aber auch Teilöffentlichkeiten, die bestimmte Interessen verfolgen und eine gemeinsame Plattform haben. Zudem gibt es den „digital divide“, was bedeutet, dass bereits von Anfang an die Personen aus der virtuellen Öffentlichkeit ausgeschlossen sind, die keinen Zugang zum Internet haben oder das technische Know-how nicht besitzen.

Das Web 2.0 bietet aufgrund seiner offenen und kommunikativen Grundstruktur erheblich Potenzial was den herrschaftsfreien Diskurs angeht. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, aus der Fülle an Informationen verlässliche Quellen zu eruieren (Stichwort Fake News). User und Userinnen können zudem meist nicht erkennen, ob es sich um reale Personen oder Social Bots handelt, die Inhalte auf sozialen Netzwerken massenhaft verbreiten und somit falsche politische Trends und Meinungen vorgeben.

Zudem kann Anonymität im Web auch zum Problem werden. Einerseits werden ethnische, kulturelle oder sozio-demographische Merkmale ausgeblendet, aber andererseits ist die Anonymität für viele Schutzschild für unüberlegte Handlungen. So können Nutzerinnen und Nutzer Hass-Postings, Mobbing-Attacken oder aggressive Meinungen zu politischen Themen ohne Überlegung viral im Netz verbreiten. Das Internet als unpersönlicher Informationskanal bietet im Vergleich zum Gespräch auf den ersten Blick die Möglichkeit, bestehende Ungleichgewichte zu nivellieren und Habermas' These von der Rationalität und Autorität des besseren Arguments zu stützen. Diese theoretischen Erwartungen sind jedoch in der empirischen Realität rar zu finden, was auch daran liegt, dass Jürgen Habermas beträchtliche Forderungen an die Öffentlichkeit stellt.

Andererseits reduziert das Internet das Problem der Ungleichberechtigung mit Hilfe der Anonymität. Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen Schichten können kritisch am politischen Prozess teilnehmen.

Die in der Vergangenheit oftmals geäußerte Vermutung, die bloße Existenz der neuen Medien würde das grundlegende politische Partizipationsverhalten der Bevölkerung ändern, hat sich als Fehlschluss erwiesen. Das Internet bietet vielfach Angebote, die Potenziale aktivieren sich aber nicht von alleine. Wie sämtliche andere Handlungen erfordern sie individuelle Bereitschaft zur Tat, was bedeutet, dass ihre Verwirklichung (neben der stetigen sich weiterentwickelnden Technologien) vom individuellen und auch kollektiven Willen abhängt, allfällige Potenziale auch in die Realität umzusetzen. Nur so kann auch das demokratische Potenzial gefördert werden.

3. Online-Partizipationsformen

Im folgenden Abschnitt soll nun ein Blick auf die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern im digitalen Zeitalter geworfen werden. Konkret soll es darum gehen, die unterschiedlichen Partizipationsformen im Onlinebereich anzuführen und kritisch zu betrachten. Dies soll anhand einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand erfolgen, um neben den unterschiedlichen Partizipationsformen auch die bisher durchgeführten Forschungsleistungen zu dem Themenbereich Online-Partizipation abzudecken. Anzumerken ist, dass es jedoch nicht möglich ist die gesamten Forschungsleistungen zur politischen Online-Partizipation anzuführen, weshalb nur die relevantesten Studien aufgezeigt werden. Obwohl es sich vor allem bei einer der Studien um eine etwas ältere Ausarbeitung handelt, sind die Erkenntnisse nicht weniger aussagekräftig, da auch andere Studien ähnliche empirische Ergebnisse aufzeigen. Zusätzlich sollen im Rahmen dieser Ausarbeitung auch die Chancen und Risiken, welche sich durch die diversen Online-Partizipationsformen für die Nutzer und Nutzerinnen ergeben können, angeführt werden.

3.1 Formen der politischen Onlinebeteiligung

Wie bereits anfänglich erwähnt worden ist, zeichnet sich die politische Partizipation im Web 2.0 insbesondere durch die Vielseitigkeit der Partizipationsformen aus. Anders als bei den klassischen Massenmedien „stellen Online-Medien vielfältige Optionen für eine direktere Beteiligung des Einzelnen am öffentlichen Diskurs bereit“ (Emmer/Wolling 2010: 45). Das Web 2.0 ermöglicht es dem User auch als Produzent von Informationen zu agieren und macht ihn/sie daher zum „Produser“ (vgl. Moser 2014: 25). Zusätzlich dazu ermöglicht die

Medienkonvergenz die Verschmelzung verschiedener Medien bzw. Kommunikationskanäle, sodass die Möglichkeit der politischen Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern auf der technischen, inhaltlichen und Nutzungsebene vereinfacht wird (vgl. Koschnick 2010: 1). Es ist somit davon auszugehen, dass mit den stetigen Entwicklungen im digitalen Zeitalter auch viele neue Formen der politischen Partizipation entstanden sind und sich Bürgerinnen und Bürger vor allem aufgrund der gesteigerten Onlineaktivität der Politikerinnen und Politiker auch selbst politisch im Web 2.0 beteiligen wollen. Immerhin hat heutzutage fast jede Politikerin und jeder Politiker einen Facebook- oder Twitter-Account, über die während der Wahlkampfkampagnen, sowie außerhalb des Wahlkampfes mit der Öffentlichkeit kommuniziert wird.

Einer der wohl bekanntesten Social-Media-Dienste soll nun im Hinblick auf die politische Online-Partizipation anhand einer Studie aus dem deutschsprachigen Raum angeführt werden. Dabei wird die von Heinz Moser durchgeführte Studie zum Thema „Facebook und Politik“ (2011) herangezogen. Moser (2011: 11) untersuchte im Rahmen seiner Forschung die Einschätzung der Facebook Nutzerinnen und Nutzer über ihre Möglichkeiten in sozialen Medien politische Prozesse mitzubestimmen. Im Fokus standen dabei Facebook Nutzerinnen und Nutzer aus der deutschsprachigen Schweiz, die sich aktiv an politisch motivierten Facebook-Gruppen beteiligten. Aus diesen politisch motivierten Facebook-Gruppen füllten 125 Personen einen Fragebogen zur politischen Funktion von Facebook aus. Bei der Auswahl der Facebook-Gruppen wurde vor allem auf ein breites politisches Interessenspektrum geachtet, wobei hier sowohl linke als auch rechte Gruppierungen als auch Gruppen, die keinem konkreten Schema zugeordnet werden konnten, miteinbezogen wurden.

Im Fragebogen wurden aktuelle Themen wie der EU-Beitritt, Mundart im Kindergarten, Lifestyle-Themen oder Diskussionen über das Rauchverbot in Clubs, die in der offiziellen Politik wenig Anregung fanden, berücksichtigt. Im Zentrum des Fragebogens standen jedoch primär Migrationsfragen „da zum Zeitpunkt der Umfrage die Schweiz von einer Volksabstimmung zum Verbot von Minaretten stand.“ (Moser 2011: 30) Die Ergebnisse konnten ein relativ großes Interesse an politischen Fragen feststellen, da insgesamt 61,6% der Befragten ihr Interesse als „groß“ oder „sehr groß“ bezeichneten. Des Weiteren waren es knappe 40% der Befragten, die politischen Gruppen im Rahmen des sozialen Netzwerkes Facebook „häufig“ oder „sehr häufig“ beitreten. Die Ergebnisse zur Online-Partizipation innerhalb der Facebook-Gruppen zeigten auf, dass 25% der Nutzerinnen und Nutzer den Gruppen nur beitreten um ihre Solidarität auszudrücken (vgl. Moser 2011: 31). Mehr als die Hälfte der Nutzer und Nutzerinnen liest aktuelle Nachrichten innerhalb der Gruppen und 20% der

Nutzerinnen und Nutzer beteiligen sich aktiv am Geschehen indem sie beispielsweise selbst Nachrichten veröffentlichen (vgl. Moser 2011: 31).

Die Ergebnisse der Studie geben vor allem im Hinblick auf den Aufwand der Online-Partizipation einige interessante Erkenntnisse. Das Beitreten einer Gruppe gestaltet sich ähnlich wie das generelle „liken“ auf Facebook einfach und kennzeichnet sich durch einen niedrigen Aufwand. Die Mehrheit der befragten Personen war sich einig, dass die Partizipation im Rahmen von Facebook eine Politik lediglich von „unten“ unterstützt und nur in einem sehr geringen Maß von einer Strategie der Mobilisierung von „oben“ (z.B. durch Staat und Parteien) gesprochen werden kann (vgl. Moser 2011: 31f.). Die Untersuchung von Heinz Moser unterstreicht, dass die Partizipation mit Hilfe eines sozialen Netzwerks wie Facebook häufig beschränkt ist und sich lediglich auf „wenige Klicks auf dem Computer“ bezieht (vgl. Moser 2011: 33). In gewisser Hinsicht ist die Online-Partizipation zu politischen Themen innerhalb eines sozialen Netzwerks auch von einer bestimmten Oberflächlichkeit geprägt, was eventuell zu einer Ausdifferenzierung des Partizipationsbegriffs führen sollte. Denn gerade bei dem Betätigen des „Like“-Buttons auf Facebook stellt sich die Frage, ob dies überhaupt als politischer Akt zu begreifen ist.

Moser (2011: 34) sieht die Problematik von Facebook im Rahmen politischer Kommunikation darin, dass soziale Medien „nicht auf argumentative Diskurse hin angelegt und auch nicht als politische Projekte zu verstehen sind.“ (Moser 2011: 34) So können Facebook-Nutzerinnen und Nutzer sehr wohl etwas zur Politik beitragen, wenn es um Aufrufe zu Demonstrationen, Unterschriftsammlungen oder ähnliches geht, jedoch nicht, wenn es sich um die Organisation einer aktiven und langfristigen politischen Arbeit handelt. Moser beschreibt das soziale Netzwerk Facebook letztlich als stark an ökonomischen Parametern ausgerichteten Dienst, der sich größtenteils an Kriterien wie Effektivität, Gewinn und Umsatz orientiert (vgl. Moser 2011: 34). Krotz (2012: 10) weist ebenfalls daraufhin, dass es sich bei Facebook lediglich um einen sehr großen Konzern handelt „der alle kommunikativen Äußerungen seiner Kunden wissen, protokollieren, auswerten und für weitere Geschäfte nutzen will.“ (Krotz 2012: 10) Wie bereits erwähnt ist auch Schmidt (2012: 3) der Annahme, dass Plattformen wie Facebook und Twitter zwar als politische Plattform fungieren können, das demokratiefördernde Ziel aber im Schatten der Ziele Datengewinnung, Kommerz und der Erhöhung der Nutzerzahlen steht.

Auch Vowe et al. (2014: 25) beschäftigte sich in seiner kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie mit der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Internet und untersuchte dabei konkret die Veränderungen, welche sich festmachen ließen. Vowe (2014: 25) geht davon aus, dass das Internet nachweislich die politische Kommunikation und mit ihr

die Partizipation verändert. Er betont dabei vor allem die Gruppe der „Digital Citizens“, die ihre politischen Kommunikationsroutinen in einer von Online-Medien dominierten Welt entwickeln. Die zentralen Fragestellungen der Langzeitstudie orientierten sich primär am Grad der Veränderung beziehungsweise Weiterentwicklung:

- „Wie verändert sich die politische Kommunikation der Bürger durch das Internet?“
- „Wie verändert sich insbesondere ihre Beteiligung an kollektiv bindenden Entscheidungen?“
- „Sind diese Veränderungen so tiefgreifend und folgenreich, dass man von einem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation sprechen kann?“ (Vowe 2014: 26)

Im folgenden Abschnitt soll nun das Untersuchungsdesign zur Beantwortung der Leitfragen knapp angeführt werden. Vowe et al. betonen die Wichtigkeit, eine gewisse Distanz dazu zu halten, „wie in den Medien selbst die Veränderungen der politischen Kommunikation gespiegelt werden“ (Vowe 2014: 35). Die Langzeitstudie wurde anhand von sieben Befragungswellen von 2002 bis 2009 durchgeführt. Zum Zeitpunkt der ersten Erhebungswelle wurden soziale Netzwerke als solches noch nicht im Zuge der Studie berücksichtigt, da sie erst ab dem Jahr 2008 hinzugetreten sind. Aufgrund des Zeitraums der Studie kann somit ein guter Blick auf den Einstieg der Bürgerinnen und Bürgern in das Internet sowie die dahinterliegenden Handlungsweisen gegeben werden. Im Rahmen der Langzeitstudie wurde anhand eines Panels vorgegangen, das heißt, dieselbe Auswahl an Personen wurde sieben Mal befragt. Das erlaubte eine Beobachtung der Veränderungen auf Individualebene und ermöglichte das Überprüfen von Kausalannahmen, wie die Annahme, dass das Internet die politische Partizipation verändert (vgl. Vowe 2014: 36).

Im Hinblick auf die Veränderungen der politischen Kommunikation durch das Internet ließen sich im Zeitraum der sieben Panelwellen grundsätzlich „moderate Veränderungen“ feststellen. Signifikante Veränderungen ließen sich bei der politischen Information nachweisen, da die untersuchten Personen regelmäßig Online-Quellen zu politischen Themen nutzten. Zu diesen Online-Quellen zählten Nachrichtenseiten sowie Websites politischer Organisationen (vgl. Vowe 2014: 37). Die Ergebnisse zeigten auch, dass eine Auseinandersetzung mit politischen Themen bzw. Ereignissen in der Zeitung dabei vernachlässigt wurde. Da die Präsenz der Online-Medien in der heutigen Alltagskultur noch stärker ist, als zum Zeitpunkt der Untersuchung, ist anzunehmen, dass diese Tendenz sich auch heute noch wiederfinden lässt. Die verstärkte Nutzung der Online-Quellen zeigte auch eine Zunahme der Intensität der politischen Diskussionen zwischen den Bürgern und Bürgerinnen über mediale Plattformen. Insgesamt konnte eine schwache Zunahme an der Intensität der politischen Beteiligung

erfasst werden, wobei, ähnlich wie bei der zuvor genannten Untersuchung, nicht von einer breiten Mobilisierung durch die Online-Plattformen gesprochen werden kann. Ein Zuwachs an der Nutzung von politischen Informationen über das Internet ist aber spürbar (vgl. Vowe 2014: 37).

Vowe et al. (2014: 37) arbeiteten im Rahmen ihrer Untersuchung zu den Veränderungen der politischen Kommunikation durch das Internet ebenfalls bestimmte Typen heraus, welche Muster der individuellen politischen Kommunikation in Deutschland vorgeben. Diese induktiv gebildeten Typen konnten aus den Ergebnissen der Repräsentativbefragung formuliert und durch statistische Verfahren nach der Ähnlichkeit im Hinblick auf die politischen Kommunikationsaktivitäten gruppiert werden. Zu den Typen der „eigennützigen Interessensvertreter“, „traditionell Engagierten“ und „organisierten Extrovertierten“ gehören Bürgerinnen und Bürger, die überdurchschnittlich politisch interessiert und aktiv sind. Diese Personen lassen sich jedoch wenig von Online-Medien beeinflussen, halten meist an der gedruckten Zeitung fest und organisieren sowie engagieren sich auf klassische Weise (vgl. Vowe 2014: 38). Zwei weitere Typen bilden die „Schweigende Mehrheit“ sowie die „Digital Citizens“, die anschließend näher betrachtet werden.

Eines der Hauptergebnisse der Studie war, dass etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung der politischen Beteiligung ausweicht und sehr wenig Interesse an jeglichen politischen Informationen, weder in Tageszeitungen noch in Online-Medien, vorhanden ist. Die Teilhabe der schweigenden Mehrheit „[...] an politischen Entscheidungen reduziert sich auf die Teilnahme an Wahlen – zumeist mehr als Erfüllung einer Pflicht, als der Wahrnehmung eines Rechts“ (Vowe 2014: 40). Anzumerken ist hierbei jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Gruppe sich durch die allgemeine Abstinenz gegenüber politischer Kommunikation definieren und nicht durch eine Netz-Distanz, die zu einer Abwendung der Online-Medien führen könnten. In dieser Gruppe konnte, was das sozio-demographische Profil anbelangt, von einem niedrigeren Bildungsgrad als der Durchschnitt aller Befragten sowie einem höheren Alter gesprochen werden. Bis zu einem gewissen Grad ist somit dennoch von einer Ablehnung gegenüber politischer Partizipationsformen im Onlinebereich und dementsprechend einer geringeren Netzaffinität auszugehen.

Betrachtet man nun die Gruppe der „Digital Citizens“, welche im Rahmen der Untersuchung etwa 15% der deutschen Bevölkerung der Repräsentativerhebung umfasste, ist hierbei von Bürgerinnen und Bürgern die Rede, deren politische Kommunikationsaktivitäten sehr stark durch Online-Medien geprägt sind (vgl. Vowe 2014: 41). In dieser Gruppe finden sich vor allem „Digital Natives“ wieder, die sich als netzaffine Angehörige definieren lassen, die sowohl in der Online-Welt leben als auch das Netz für politische Kommunikation nutzen. Die

herkömmlichen Arten von politischer Kommunikation werden dabei weitgehend vermieden, sodass die Informationssuche und Kommunikation mit Freunden und Freundinnen über Politik hauptsächlich im Netz stattfinden. Wird den „Digital Citizens“ die elektronische Form der Unterzeichnung von Online-Petitionen oder das Mitarbeiten in Organisationen ermöglicht, nehmen sie auch diese Form der Online-Partizipation wahr. Es ist nach Ergebnissen der Studie davon auszugehen, dass „Digital Citizens“ sich heutzutage am ehesten im Hinblick auf politische Themen beteiligen und dazu ihre Meinung äußern. An dieser Stelle soll ein weiteres Mal die Bedeutsamkeit der Medienkonvergenz erwähnt werden, da mittlerweile alle Aktivitäten der „Digital Citizens“ über Smartphones integriert werden können und es zu keinem Medienbruch – also zu keinem Wechsel eines informationstragenden Mediums – kommt. Die Personen dieser Gruppe sind wesentlich jünger als der Durchschnitt der Bevölkerung und sind zudem auch besser gebildet. Beide dieser Faktoren, das Alter sowie der Bildungsstand, korrelieren mit dem politischen Interesse und somit auch mit dem Interesse sich politisch zu beteiligen. Des Weiteren verfügen die Bürgerinnen und Bürger dieser Gruppe über die zeitlichen, kognitiven und sozialen Ressourcen, um dementsprechend partizipieren zu können (vgl. Vowe 2014: 42).

An dieser Stelle ergibt sich die Frage, welche Faktoren für die Online-Beteiligung ausschlaggebend sind. Nach den Ergebnissen der von Vowe et al. (2014: 43) durchgeführten Studie spielt neben dem Internet auch noch ein weiterer wichtiger Faktor eine Rolle für die politische Beteiligung im Internet. Während das Internet eine kostengünstige der Partizipation darstellt, ist es auch der sozioökonomische Status, der sich aus Bildung, Einkommen und beruflicher Position ergibt, und dabei den Grad der Beteiligung ausmacht. „Ob jemand das Internet politisch nutzt, das hängt nicht nur vom Alter, sondern vom Bildungsgrad und von den politischen Grundeinstellungen ab: vom politischen Interesse, das mit der Bildung korreliert, und davon, wie sehr jemand meint, dass politisches Engagement etwas bewirkt.“ (Vowe 2014: 44)

Eine weitere im Rahmen dieser Literaturarbeit sehr relevante Studie stammt von Köcher und Bruttel (2011). Ihre Studie fragt nach der Nutzung verschiedener Möglichkeiten politischer Partizipation, offline wie online. In dieser Auswertung werden jedoch nur die Online-Partizipationsformen der Studie berücksichtigt. Um einen Überblick der unterschiedlichen Partizipationsformen in Deutschland im Jahr 2011 zu ermöglichen, wird eine grundlegende Grafik mit den Formen des politischen Engagements angeführt.

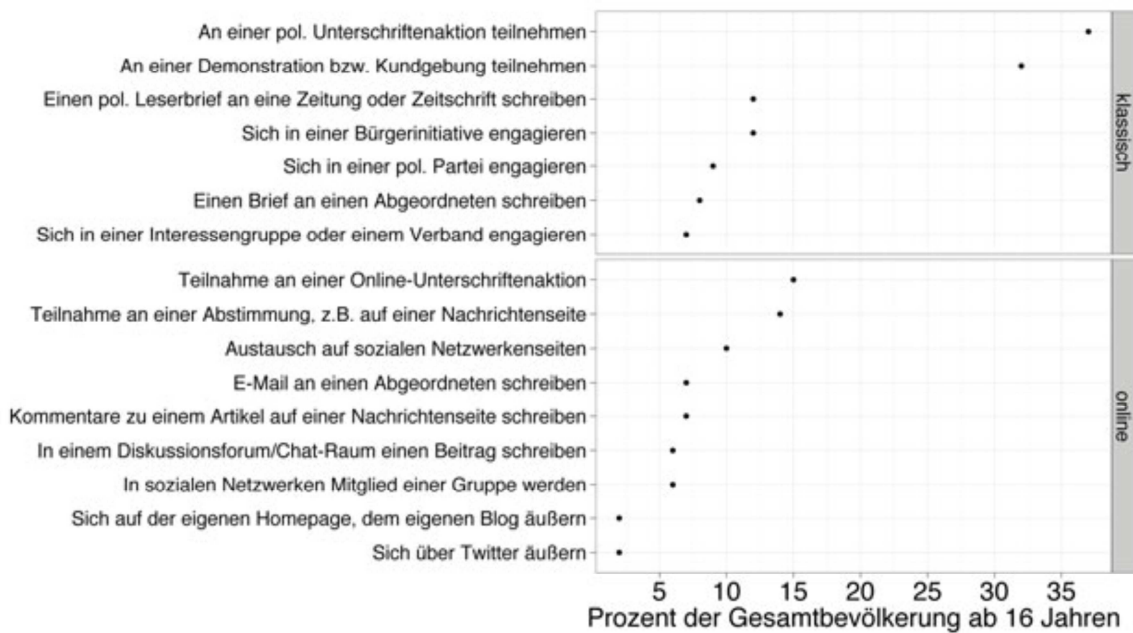


Abbildung 1: Formen des politischen Engagements in Deutschland 2011 (Jungherr/Schoen 2013: 56)

Abbildung 1 zeigt neben den Online-Partizipationsformen in Deutschland auch die offline Partizipationsformen auf. Grundsätzlich ist zu erkennen, dass die Online-Partizipationsformen nicht zu den am weitesten verbreiteten Formen politischer Beteiligung gehören – da an der Spitze noch immer das Wählen steht – sie jedoch eine ähnliche Beliebtheit wie viele traditionelle Formen politischer Beteiligung abseits des Internets haben. Aus der Grafik wird deutlich, dass die Teilnahme an einer Online-Unterschriftenaktion sowie die Teilnahme an einer Abstimmung auf einer Nachrichtenseite sowie der Austausch auf sozialen Netzwerkseiten zu den favorisierten Formen des politischen Online-Engagements gehören. Köcher und Bruttel (2011: 40) fanden zusätzlich heraus, dass 29% der Befragten über 16 Jahren bereits eine Partizipationsmöglichkeit über Onlinekanäle genutzt haben, während 10% mindestens drei Möglichkeiten der Online-Partizipation genutzt haben. Bei dieser Gruppe ist von online stark politisch engagierten Individuen auszugehen, die Köcher und Bruttel (2011: 41) als „Political Net Activists“ bezeichnen.

Wie in den zuvor erwähnten Studien soll auch an dieser Stelle ein Blick auf die soziodemographischen Kategorien geworfen werden. Bei den „Political Net Activists“ ist deutlich zu erkennen, dass die Merkmale Frauen, Bürgerinnen und Bürger über 45 Jahre, ein monatliches Einkommen unter 2.500 Euro und eine mittlere oder einfache Bildung deutlich unterrepräsentiert sind. Ähnlich wie Vowe (2014) und Moser (2011) stellen Köcher und Bruttel (2011) fest, dass die Online-Partizipation eine Partizipationsform ist, „die in Deutschland

überwiegend von ökonomisch besser gestellten, hoch ausgebildeten jungen Männern intensiv genutzt wird.“ (Jungherr/Schoen 2013: 56) Diese Befunde verdeutlichen wiederholt, dass, obwohl die Online-Partizipation aufgrund niedriger Kosten eine Option für Bürgerinnen und Bürgern aller Schichten wäre, der soziale Status dennoch ausschlaggebend für das Maß an politischer Beteiligung ist (vgl. Jungherr/Schoen 2013: 57). Des Weiteren handelt es sich bei der Gruppe der „Political Net Activists“ um politisch interessierte Individuen, die im Vergleich zu den übrigen Befragten auch deutlich häufiger traditionelle Formen der politischen Partizipation in Anspruch genommen haben.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass es sich bei dieser Gruppe nicht um „früher unpolitische Internetnutzer“ handelt, die über die neuen Partizipationsmöglichkeiten des Internets zur politischen Beteiligung motiviert werden. An dieser Stelle wäre somit von der Verstärkungsthese zu sprechen, da die „Political Net Activists“ politisch interessierte Personen sind, die bereits politisch aktiv waren und nun auch Online-Partizipationsformen nutzen (vgl. Jungherr/Schoen 2013: 57).

Die letzte Studie, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit herangezogen werden soll, bezieht sich auf den österreichischen Raum und wurde im Jahr 2013 vom SORA Institute for Social Research and Consulting zum Thema „Internet und Demokratie in Österreich“ durchgeführt. Die Studie soll im folgenden Abschnitt nur kurz dargelegt werden, da ein Bezug zur Online-Partizipation in Österreich zwar von Bedeutung ist, jedoch nur einen vergleichsweise geringen Stellenwert hat. Darüber hinaus ist anzumerken, dass es grundsätzlich wenige aussagekräftige Forschungsarbeiten zum zugrundeliegenden Thema aus dem österreichischen Raum gibt, weshalb die bereits angeführten Studien aus Deutschland und der Schweiz stammen.

Die SORA Studie umfasst eine Vielfalt an methodischen Vorgangsweisen mit einer Kombination aus Literaturrecherche, Experteninterviews, einer quantitativen Studie sowie einer Diskursanalyse. Des Weiteren wurde die theoretische Grundlage ausführlich offenlegt, mit Berücksichtigung von E-Government, E-Demokratie sowie Digital Divide. Die quantitative Erhebung der SORA Studie umfasste neben den österreichischen Internetnutzern und Nutzerinnen auch Nichtnutzer und Nichtnutzerinnen ab dem Alter von 16 Jahren. Daraufhin wurden vier Typen von Internetnutzer und Internetnutzerinnen erstellt und untereinander sowie mit den Offlinern verglichen, um mehr über den Zusammenhang zwischen Internetnutzung und den politischen Einstellungen der Österreicher und Österreicherinnen zu erfahren. Die vier Typen umfassten Sporadische-User, Zweck-User, Kommunikations-User sowie Allround-User (vgl. Ringler et al. 2013: 11). Die statistischen Analysen der Grundlagenstudie zeigten, dass vor allem das Alter der Befragten ein grundlegender Faktor ist, der

sowohl die Internetnutzung als auch die politischen Einstellungen und das Informationsverhalten und die damit einhergehende politische Partizipation beeinflusst. Des Weiteren wurde festgestellt, dass das Internet das politische Interesse der Bürger und Bürgerinnen nicht unbedingt fördert, es jedoch den politisch Interessierten leichter macht sich über politische Themen zu informieren. „Gleichzeitig fördert das Internet indirekte bzw. informelle Formen der politischen Teilnahme, wozu das Unterschreiben von Petitionen, Arbeit für NGOs oder Teilnahmen an lokaler Bürgerbeteiligung zählt.“ (Ringler et al. 2013: 12) Es ist somit davon auszugehen, dass für Österreich eher die Verstärkungsthese als die Mobilisierungsthese zutrifft (vgl. Ringler et al. 2013: 12).

3.2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Zur Übersicht soll nun eine kurze Zusammenfassung der oben angeführten Forschungsarbeiten offenlegt werden, um die unterschiedlichen Online-Partizipationsformen nochmals in gesammelter Form betrachten zu können. Im Hinblick auf die sozialen Medien konnten vor allem was das kollektive Partizipieren betrifft, sei es beispielsweise im Rahmen des Beitretens einer Facebook-Gruppe, aufschlussreiche und zum Teil sehr ähnliche Erkenntnisse festgestellt werden. Da es sich beim Beitreten einer Gruppe in Facebook um eine sehr einfache Form des Partizipierens handelt, die mit niedrigem Aufwand verbunden ist, kann hier von einer Unterstützung der Politik von „unten“ gesprochen werden. Die politische Partizipation in sozialen Netzwerken wie beispielsweise Facebook oder Twitter kennzeichnet sich somit vor allem durch ihre Einfachheit, wenn nicht sogar Oberflächlichkeit als politische Plattform, sollte jedoch was die demokratiefördernde Funktion angeht eher kritisch betrachtet werden (vgl. Schmidt 2012: 3). Neben den sozialen Netzwerken zählen jedoch auch Online-Quellen sowie Nachrichtenseiten und Websites politischer Organisationen zu Online-Partizipationsmöglichkeiten, welche von Nutzern und Nutzerinnen regelmäßig verwendet werden. Des Weiteren sind es andere mediale Plattformen, wie bestimmte Foren (z.B. Online-Nachrichtenseiten der diversen Zeitungen), welche bei Bürgerinnen und Bürger immer häufiger zur Diskussion politischer Themen genutzt werden (vgl. Vowe 2014: 37). Weitere favorisierte Online-Partizipationsformen stellen Online-Unterschriftenaktionen, sowie Abstimmungen auf Online-Nachrichtenseiten dar (vgl. Köcher/Bruttel 2011: 40).

Fast alle der hier angeführten Forschungsarbeiten beziehen sich im Rahmen der Analyse von Online-Partizipationsformen auch auf bestimmte Nutzertypen. Deutlich wird, dass Nutzer und Nutzerinnen, welche sich als überdurchschnittlich politisch interessiert zeigen, sich wenig von Online-Medien beeinflussen lassen und sich hauptsächlich auf klassische Weise engagieren (z.B. Nutzung der Printmedien und persönliches Zusammentreffen) (vgl. Vowe

2014: 38). Bürgerinnen und Bürger, welche als „Digital Natives“ gelten und sich vor allem durch ihre Netzaffinität kennzeichnen, nutzen Online-Medien ebenfalls für die politische Kommunikation, vermeiden jedoch die herkömmlichen Arten der politischen Kommunikation und dementsprechend auch Partizipation. Anzumerken ist, dass auch die sozioökonomischen Faktoren wie beispielsweise Bildung, Einkommen und berufliche Position im Rahmen aller Forschungsarbeiten eine Rolle spielt und den Grad der Beteiligung mitbestimmt (vgl. Vowe 2014: 44).

Abschließend ist anzumerken, dass die angeführten Studien meist auf ein ähnliches Fazit hinauslaufen – nämlich, dass trotz Zuwachs an der Nutzung von politischen Informationen über das Internet, nicht von einer breiten Mobilisierung durch Online-Plattformen jeglicher Art gesprochen werden kann. Ebenso wichtig für das Verständnis der Online-Partizipationsformen ist, dass der ständige Wandel der Online-Kommunikationsmöglichkeiten eine ausschlaggebende Rolle spielt und es demnach auch zu ständigen Richtungsänderungen im Hinblick auf die politische Online-Partizipation kommen kann.

3.3 Kritische Betrachtung der Online-Partizipationsformen

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit den bereits durchgeführten Forschungsarbeiten zu Online-Partizipationsformen im deutschsprachigen Raum soll nun ein kritischer Blick aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive auf die Erkenntnisse der im Rahmen dieser Arbeit angeführten Studien geworfen werden.

Zum einen ist wichtig anzumerken, dass es sich bei diesen Forschungsleistungen und deren Ergebnisse um Momentaufnahmen aus der Frühphase der politischen Internetnutzung handelt. Gerade die Untersuchung von Vowe (2011) und Köcher/Brutell (2011) liegen nun schon sechs Jahre zurück. Obwohl beide Studien innerhalb der Forschung zur politischen Partizipation als sehr wichtige Forschungsarbeiten gelten und die Ergebnisse zum Teil auch heute noch relevant sind, unterliegt die Nutzung des Internets noch immer starken Veränderungen. Die Diffusion und Ausdifferenzierung der Online-Nutzung in unserer Gesellschaft ist bei weitem nicht abgeschlossen, weshalb es auch in fast allen Kommunikationsformen im Netz zu einem ständigen Wandel sowie zu schnellen Weiterentwicklungen kommt (vgl. Emmer/Wolling 2010: 41). Die Darstellung der Online-Nutzerinnen und Nutzer mit ihrem speziellen Profil von „jung, männlich, hoch gebildet“ etc. ist nur begrenzt auf die heutige Bevölkerung und ihre Online-Nutzung anzuwenden, wurde jedoch als typischer Nutzer-Typus in einigen Studien identifiziert. Es ist somit davon auszugehen, dass jede Untersuchung an den zeitlich-gesellschaftlichen Untersuchungskontext gebunden ist. Wichtig im

Rahmen einer Auseinandersetzung mit den diversen Forschungsarbeiten ist somit die Überprüfung, „inwieweit eine Verallgemeinerung oder Übertragung auf andere politische, gesellschaftliche oder historische Kontexte möglich und sinnvoll ist.“ (Emmer/Wolling 2010: 41)

Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler argumentieren des Weiteren, dass ein Grund für den verhältnismäßig schwachen nachweisbaren Einfluss des Internets auf die politische Partizipation darin liege, dass die Partizipation in bisherigen Arbeiten zu undifferenziert gemessen worden sei. Bei einer differenzierten Messung von Online-Partizipation könnten somit stärkere Mobilisierungseffekte des Internets aufgezeigt werden (vgl. Jung-herr/Schoen 2013: 67). Entscheidend für die Mobilisierungsthese ist allerdings, „[...] dass die beobachteten Aktivitäten erstens nicht einfach für ‚alte‘ Partizipationsformen substituieren, sondern tatsächlich einen Partizipationszuwachs darstellen, und dass dieser Zuwachs sich zweitens kausal auf das Internet bzw. Online-Nutzung und -Kommunikation zurückführen lässt.“ (Emmer/Wolling 2010: 46)

Abschließend ist somit anzumerken, dass die Beurteilung der Ergebnisse aus den Studien sich als schwierig gestaltet, da sich die Frage stellt, ob es sich hierbei um typische Folgererscheinungen des Internets handelt oder diese nur als Effekte einer bestimmten Zeitperiode des Internets gesehen werden können.

3.4 Chancen und Risiken

Um den Bereich der Online-Partizipationsformen abzurunden, soll nun ein kurzer Blick auf die Chancen und Risiken, die sich durch die politische Onlinebeteiligung ergeben können, gerichtet werden. Hierbei ist anzumerken, dass sich die Chancen und Risiken nicht nur auf die hier vorgestellten Studien beziehen, sondern auch allgemein auf die Online-Partizipationsformen.

Das Aufkommen von Informations- und Kommunikationstechniken und die stetigen Weiterentwicklungen und Verbreitung der Technologien haben zu einer gewissen Euphorie beigetragen, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft mit diesen Weiterentwicklungen einhergehen könnte (vgl. Fuchs et al. 2006: o.S.). Des Weiteren wird von einer Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger gesprochen, wobei die neuen Beteiligungsmöglichkeiten hierbei eine revitalisierende Funktion haben könnten (vgl. Ringler et al. 2013: 41). Es ist im Rahmen der Chancen politischer Online-Partizipation somit wieder von der Mobilisierungsthese die Rede, da davon ausgegangen wird, dass mit der Verbreitung von Technologien auch desinteressierte Bevölkerungsgruppen erreicht werden können und deren Einbindung in demokratische Prozesse erhöht wird.

Die Online-Partizipation ermöglicht es durch die reziproke Kommunikation mit unterschiedlichen politischen Akteurinnen und Akteuren in Kontakt zu treten und dabei persönliche Beschwerden, Petitionen, Anfechtungen etc. zu kommunizieren. Kurz gesagt kann die Vereinfachung der Kommunikationswege durch digitale Medien im politischen Prozess zur vermehrten aktiven Teilnahme der Bevölkerung beitragen (vgl. Ringler et al. 2013: 42).

Im Hinblick auf die Zielgruppen der politischen Online-Partizipation ist als Chance vor allem der Gewinn der Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erwähnen. Da Jugendlichen oft ein hohes Maß an politischem Desinteresse vorgeworfen wird, sind internetgestützte Partizipationsangebote besonders geeignet, da sie auch ihrer Alltagskultur entsprechen (vgl. Paus-Hasebrink 2008: 133). Die ständige Vernetzung der Jugendlichen über Smartphone, Tablet, Laptop und Co. lässt auch eine zeit- und ortsungebundene Einbeziehung von politischen Themen zu.

Als weitere Chance ist die potenzielle Intensivierung der politischen Beteiligung anzugeben. „Die Anonymität des Internets solle es ebenso erlauben, soziale Schranken und Hemmungen einfach zu überwinden.“ (Ringler et al. 2013: 43) Bürgerinnen und Bürgern ist es aufgrund der Anonymität somit möglicherweise auch möglich, selbstbewusster auf Online-Plattformen zu agieren.

Auch die Demokratisierung von Information ist als deutliche Chance der Online-Partizipation zu vermerken. Aufgrund des Internets ist nun auch der Zugang zu immer mehr Informationen um einiges leichter. Die niedrigen Kosten und schnellen Übertragungszeiten ermöglichen einen egalitären Raum des Informationsaustauschs, da auch der zivilen Bevölkerung das Veröffentlichen von Informationen ermöglicht wird und die User und Userinnen somit auch Einfluss auf politische Nachrichten üben können (vgl. Ringler et al. 2013: 43). Zuletzt gilt es auch noch die Interessensorganisation der Bürgerinnen und Bürgern anzuführen, da davon ausgegangen wird „[...] dass das Internet vor allem deshalb einen Einfluss auf Politik haben kann, weil es den Bürgern die Organisation und Interessensartikulation erleichtert.“ (Ringler et al. 2013: 44) In autoritären Regimen beispielsweise ist es möglich, dass das Internet unzufriedene Gruppen zusammenbringen kann und ein gemeinsamer Austausch entsteht (vgl. Ringler et al. 2013: 44).

Neben den Chancen der Online-Partizipation gibt es auch Risiken, die damit einhergehen. Zum einen kann das Netz zu einer Vertiefung sozialer Segmentierung beitragen und zu einem „Democratic Divide“ sowie „Informationseliten“ führen, da mit zunehmender Informationsfülle parallel auch die Desinformation wächst (vgl. Ringler et al. 2013: 44). Im Hinblick auf Partizipationsformen wie E-Voting oder E-Partizipation besteht zudem die Gefahr, dass das

System repräsentativer Demokratien verdrängt werden könnte, da diese möglicherweise eine langfristige Bedrohung darstellen. Auch der Medien- und kommunikationswissenschaftliche Begriff des „digital divide“ ist ein Thema. Die politische Partizipation setzt nicht nur die notwendigen Kenntnisse zur Anwendung der laufend dazukommenden Technologien voraus, sondern auch ein bestimmtes Basiswissen im Bereich der Politik (vgl. Ringler et al. 2013: 45).

Auch die Fragmentierung von Medienöffentlichkeiten muss als mögliches Risiko betrachtet werden. Das Internet unterscheidet sich insofern von den klassischen Medien, da es sich durch einen hohen Grad an Freiheit kennzeichnet und die Bürgerinnen und Bürger gezielt einzelne Websites oder nur Teile davon aufrufen können, und andere Teile dabei vernachlässigen. Somit sind sie anders als bei der Nutzung von Radio oder Fernsehen, nicht dadurch eingeschränkt, dass bestimmte Sendungen nur zu bestimmten Zeiten ausgestrahlt werden. Dieses Selektieren des Informationskonsums kann auch als negative Konsequenz des „sortings“ angesehen werden, da aufgrund des Internets der selektive bzw. spezialisierte Informationskonsum im Gegenzug zu klassischen Medien, vereinfacht stattfinden kann (vgl. Ringler et al. 2013: 45). Die Nutzer und Nutzerinnen leben in ihrer so genannten Filter Bubble und erreichen nur diese Online-Informationen, die sie auch finden möchten.

Des Weiteren ist auch von einer zunehmenden Fragmentierung des öffentlichen Diskurses auszugehen, da, so wie in den klassischen Medien, bestimmte Inhalte auf Zielgruppen zugeschnitten werden. Es besteht somit die Gefahr, dass es schwieriger wird „[...] einen klaren öffentlichen Diskurs zu politischen Themen zu identifizieren und zu führen“ (Ringler et al. 2013: 45).

Als letztes Risiko ist die Scheinpartizipation, welche die echte politische Beteiligung verdrängen könnte, anzuführen. Als Scheinpartizipation wird eine scheinbar steigende politische Beteiligung verstanden, die jedoch keinerlei inhaltliche Tiefe erreicht und unverbindlich bleibt. Gerade im Falle von Online-Petitionen könnte von einer Scheinpartizipation gesprochen werden, da eine Unterzeichnung der Petition nicht automatisch die Beteiligung an Wahlen oder eine gründliche Auseinandersetzung mit politischen Themen bedeutet (vgl. Ringler et al. 2013: 46).

Will man positive Effekte mittels digitalen Beteiligungsformen erzielen, so müssen die Risiken stets mit einbezogen werden. Die Entwicklung eines demokratischen Konzepts ist eine zu große Idee und Errungenschaft, als dass sie durch eine bloße technische Innovation (in diesem Falle die digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien) zu transformieren wäre. Letztendlich geht es nicht um die Digitalisierung, sondern um die politische Teilhabe und Verantwortlichkeit. Nach Linden (2012: o.S.) können die digitalen Beteili-

gungsformen die Demokratie als Transparenz- und Dialoginstrument zwar beleben, die tatsächliche Verantwortung politischer Entscheidungsfindung solle jedoch stets klar bei Parlamentariern und den sie tragenden Parteien liegen.

4. Fazit und Ausblick

Die Auseinandersetzung mit der politischen Online-Partizipation und den daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten haben unterschiedliche Facetten mit vielen positiven aber auch negativen Aspekten aufgezeigt. Klar ist, dass moderne Gesellschaften heute mehr denn je durch hochdynamische Prozesse des medialen und technologischen Wandels charakterisiert sind. Diese Prozesse durchdringen auch die Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger in jeglicher Hinsicht. Egal ob im politischen, sozialen oder kulturellen Feld: konvergente Medientechnologien sind heutzutage nicht mehr wegzudenken. Das Internet nimmt im Rahmen dieser Medientechnologien eine Schlüsselstellung ein und ermöglicht Individuen zeitliche und räumliche Grenzen der Information und Kommunikation zu überwinden. So ist es jedem Bürger oder jeder Bürgerin möglich, sich online über die Politik zu informieren, sowie diesbezüglich zu interagieren. Die beleuchteten Studien haben aufgezeigt, dass sowohl die Verstärkungs- als auch die Mobilisierungsthese in der Gesellschaft vorzufinden sind. Die Nutzungsweisen der Bürgerinnen und Bürger lassen sich unter anderem auf die sozioökonomischen Aspekte zurückführen, wobei hier nicht verallgemeinert werden darf. Wie bereits im Rahmen der kritischen Betrachtung erwähnt worden ist, handelt es sich bei jeder Studie um eine Momentaufnahme der politischen Beteiligung im Netz. So schnell es im digitalen Zeitalter zu neuen Entwicklungen kommt, so schnell können sich auch die Handlungsmöglichkeiten der politischen Online-Partizipation von Bürgerinnen und Bürger verändern (vgl. Biermann/Fromme/Verständig 2014: 7).

Die Herausbildung einer partizipativen Kultur und die Heranführung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an demokratisch-partizipativen Nutzungsmöglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind die größten Herausforderungen für ein Mehr an Demokratie durch digitale Medien. Die Generation Y ist mit dem Internet aufgewachsen, es scheitert also den jungen Leuten nicht am technischen Know-how. Vielmehr muss die Bevölkerung informiert werden, welche Online-Partizipationsmöglichkeiten angeboten werden. Hier kann man im schulischen Bereich anknüpfen. Die Förderung der politischen Urteils-, Handlungs-, Methoden-, und Sachkompetenz verlangt auch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Online-Medien, die über die Vermittlung reiner Fertigkeiten hinausgeht. Die jüngeren Generationen, die in offenen und transparenten Lernumgebun-

gen aufwachsen, haben später eine größere Chance, zu politisch und gesellschaftlich aktiven und motivierten Bürgerinnen und Bürgern zu werden.

5. Literaturverzeichnis

- Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael (Hrsg.): Demokratie – eine Kultur des Westens? Opladen: Leske+Budrich, S. 201-222.
- Biermann, Ralf/Fromme, Johannes/Verständig, Dan (2014): Partizipative Medienkulturen als Transformation von Beteiligungsmöglichkeiten- Einleitung. In: Biermann, Ralf/Fromme, Johannes/Verständig, Dan (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-20.
- Breit, Lisa (2015): „Demokratien sind dreckig“. Interview mit Ralph Schöllhammer. In: Der Standard.at. Online unter <http://derstandard.at/2000010049647/Politologe-Demokratien-sind-dreckig> (07.02.2017).
- Donges, Patrick/Jarren, Otfried (1999): Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen, S. 85-108.
- Emmer, Martin/Wolling, Jens (2010): Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In: Schweiger, Wolfgang/Beck, Klaus (Hrsg.): Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 36-58.
- Fischer, David (2016): Der Roboter als Wahlkampfhelfer. Online unter <http://www.tagesspiegel.de/medien/social-bots-im-us-wahlkampf-der-roboter-alswahlkampfhelfer/14756570.html> (06.05.2017).
- Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Helms, Ludger (2011): Demokratiereformen. Herausforderungen und Agenden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Demokratie und Beteiligung, Vol. 44-45, S. 12-18.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jungherr, Andreas/Schoen, Harald (2013): Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kamps, Klaus (2007): Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung. Wiesbaden: Springer.
- Kind, Sonja/Bovenshulte, Marc/Ehrenberg-Silies, Simone/Jetzke, Tobias/Weide, Sebastian (2017): Social Bots. Thesenpapier zum öffentlichen Fachgespräch „Social Bots – Diskussion und Validierung von Zwischenergebnissen“ am 26. Januar 2017 im Deutschen Bundestag. VDI/VDE Innovation + Technik GmbH, S. 1-16.
- Krotz, Friedrich (2012): Kommunikatives Handeln in ökonomisierten und mediatisierten Welten. Ein Essay zur Einführung. In: medien + erziehung, 56. Jg., H. 6, S. 7-16.

- Köcher, Renate/Bruttel, Oliver (2011): 1. Infosys-Studie: Social Media IT & Society 2011. Frankfurt am Main: Infosys Limited.
- Lindner, Markus (2012): Die Onlinedemokratie – Falsche Versprechen und reale Chancen digitaler Beteiligungsformate. Online unter <http://diskurs.dradio.de/2012/02/15/die-digitale-demokratie-falsche-versprechen-und-reale-chancen-digitaler-beteiligungsformate/> (06.05.2017).
- Moser, Heinz (2014): Die Veränderung der politischen Teilnahme und Partizipation im Zeitalter der digitalen Netze. In: Biermann, Ralf/Fromme, Johannes/Verständig, Dan (Hrsg.): Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Wiesbaden: Springer VS, S. 21-48.
- Papadopoulos, Yannis (2004): Governance und Demokratie. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 215-237.
- Paus, Markus (2012): Politische Partizipation in Österreich. In: Ammerer, Heinrich/Fallend, Franz/Windischbauer, Elfriede (Hrsg.): Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Innsbruck: Studienverlag Ges.m.b.H, S. 126-136.
- Paus-Hasebrink, Ingrid (2008): Zur politischen Partizipation von Jugendlichen im Kontext neuer Medien - Aktuelle Ansätze der Jugend(medien)forschung. In: Moser, Heinz/Sesink, Werner/ Meister, Dorothee M./ Hipfl, Brigitte/ Hug, Theo (Hrsg.): Medien. Pädagogik. Politik. Jahrbuch Medienpädagogik 7. Wiesbaden: VS Verlag, S. 133-150.
- Politik-lexikon.at (2017): Partizipation. Online unter <http://www.politik-lexikon.at/partizipation/> (08.05.2017).
- Pump, Christian (2013): Chancen und Grenzen der Partizipation im Internet. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Wie verändern Internet und soziale Medien die Politik? München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., S. 89-100.
- Ringler, Paul/Parycek, Peter/Schossböck, Judith/Sturmberger, Werner/Schönherr, Daniel/Oberhuber, Florian/Aichberger, Ingrid/Hacker, Evelyn (2013): Internet und Demokratie in Österreich. Grundlagenstudie. Auftraggeber: Bundeskanzleramt Österreich, Wien, S. 1-191.
- Schmidt, Jan-Hinrik (2012): Das demokratische Netz? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jg., Nr. 7, 2012, S. 3-8.
- Schöllhammer, Ralph (2015): Demokratien sind dreckig. Interview. In DerStandard.at. Online unter <http://derstandard.at/2000010049647/Politologe-Demokratien-sind-dreckig> (08.02.2017).
- Van Deth, Jan (2013): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Bieling, Hans-Jürgen/Massing, Peter/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Politische Partizipation. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 9-21.
- Verba, Sidney/Nie, Norman (1972): Participation in America – Political and Social Equality. New York: Harper & Row.
- Voss, Kathrin (2014): Internet & Partizipation – Einleitung. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer, S. 9-24.

Vowe, Gerhard (2014): Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer, S. 25-52.

Welz, Hans-Georg (2002): Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Band 39-40, S. 3-11.

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kurzbiografie der Autorinnen



Christine Drack, B.A., ist Masterstudentin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg.

Kontakt: Christine.Drack@stud.sbg.ac.at



Saskia Sikabonyi, B.A., ist Masterstudentin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg.

Kontakt: Saskia.Sikabonyi@stud.sbg.ac.at